

**N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **02.10.2007** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5

16.WP/JHA/004

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:40 Uhr

---

**Anwesend:    Vorsitzende**

Gersemann, Christiane

**Mitglied/Mitglieder**

Ethner, Regina  
Leykum, Maria  
Meinig, Birgit  
Rück, Stefanie

**Grundmandatar/e**

Prof. Dr. Dr. Wunn, Ina

**Vertreter/innen der Jugendverbände**

Kardolsky, Thorsten  
Rheinhardt, Michael

**Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe**

Meine, Agnes  
Röttger, Fritz

Vertretung für Frau Gisela Bittkau

**Beratende/s Mitglied/er**

Adlunger, Birte  
Beigel, Leo  
Börges, Bärbel  
Goldbach, Jutta

Erzieherin  
Kath. Kirche  
Sozialarbeiterin  
Vertreterin des örtlichen Kinderschutzbundes

Paul, Matthias

Vertreter der Interessen ausländ. Kinder und Jugendlicher

Singer, Caroline

Diakonin der Ev. Kirche

Stichtmann, Ursula

In der Mädchenarbeit erfahrene Frau

**Verwaltung**

Baxmann, Alfred  
Beneke, Ernst-August  
Maletzki, Michael  
Niemann, Jens  
Raue, Nicole  
Strecker, Dagobert

Bürgermeister

Erster Stadtrat

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.05.2007 und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 16.04.2007
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Abenteuer Gelände im Stadtpark  
Vorlage: 2007 0233
6. Antrag des Diakonieverbandes Hannover-Land auf Förderung des Projektes 'Just in Out'  
Vorlage: 2007 0235
7. Zuschuss für den Kindergarten Allerleirauh  
Vorlage: 2007 0211
8. Zuschuss für die Evangelische Kirchengemeinde St. Pankratius  
Vorlage: 2007 0212
9. Gebührensatzung Tagespflege  
Vorlage: 2007 0220
10. Gebührensatzung Kindertagesstätten  
Vorlage: 2007 0221
11. Planung des Krippenbedarfs  
Vorlage: 2007 0242
12. Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten - weitere Projekte 2007  
-Antrag der Gruppe SPD -WGS - B`90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf vom 04.09.2007-  
Vorlage: 2007 0240
13. Anregungen an die Verwaltung

#### **Einwohnerfragestunde**

### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

- keine -

## 1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt habe sich Herr Dr. Pinkenburg und Frau Wackerbeck. Als Gäste werden Frau Friedrich-Werner vom Diakonieverband Hannover-Land e.V. und Frau Zander vom Frauen- und Mütterzentrum Burgdorf e.V. begrüßt.

Hinsichtlich der anstehenden Tagesordnung bittet **Frau Gersemann**, den Tagesordnungspunkt zwölf „Abenteuergelände im Stadtpark“ als Tagesordnungspunkt fünf vorzuziehen und die nachfolgenden Tagesordnungspunkte um einen Tagesordnungspunkt nach hinten zu verschieben.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

## 2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.05.2007 und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 16.04.2007**

---

Die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Bauausschusses und des Jugendhilfeausschusses wird einstimmig genehmigt.

**Frau Ethner** bittet in der Niederschrift des Jugendhilfeausschusses den Tagesordnungspunkt sieben „Essensgeldentwicklung in Kindertagesstätten“ dahingehend zu ergänzen, dass nach Einschätzung der Verwaltung bei einer Abänderung der Essensgeldabrechnung kein Verwaltungsmehraufwand zu erwarten sei.

Die so geänderte Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

## 3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Niemann** teilt mit, dass Herr Norbert Langen seit dem 30.07.2007 erfolgreich als „Scout“ im Bereich der Jugendberufshilfe im Auftrage der Stadt Burgdorf und des Stadtmarketing Vereins eingesetzt werde. Primäre Aufgabe Herrn Langens sei, Jugendliche bei der Berufsfindung zu begleiten und zu unterstützen. Seit Anfang des neuen Berufsausbildungsjahres 2007 sei es Herrn Langen gelungen, sieben junge Menschen in eine Ausbildung zu vermitteln. Ergänzend sei in der letzten Woche das Pro-Activ-Zentrum des Jobcenters Hannover eröffnet worden. Dieses sei für den Ostkreis der Region Hannover zuständig. Drei Vollzeitkräfte werden zukünftig auch von dort junge Berufssuchende unterstützen.

Des weiteren plane der Kinderschutzbund die Einrichtung einer neuen Kontaktstelle. Hierfür sei ein hälftiger Personalkostenzuschuss beantragt worden. Weitergehende Informationen werden noch bereitgestellt.

Zu einer gemeinsamen Veranstaltung des Kinderschutzbundes, der Polizei und der Stadt Burgdorf zum Thema „Todesfall Kevin in Bremen, auch in Burgdorf möglich?“ lädt **Herr Niemann** am 16.10.2007, im Ratssaal des Schlosses, um 19:30 Uhr ein. Alle Jugendhilfeausschussmitglieder seien herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Ferner berichtet **Herr Niemann**, dass das seinerzeit gesetzte Ziel, das Ange-

bot der Tagespflege zu verdoppeln nur schwer erreicht werden könne, da sich die Anwerbung von geeigneten Tagesmüttern und -vätern als schwieriger als erwartet erweise. Weder die Bezahlung noch der hohe Qualifizierungsaufwand von 160 Stunden sei motivierend.

**Herr Beneke** informiert, dass eine Reform des Unterhaltsrechtes nunmehr zum 01.01.2008 erwartet werde. Wesentliche Änderung sei, dass ein unterhaltsrechtlicher Vorrang minderjähriger Kinder gegenüber Ehegatten bestehe. Aufgrund der erneuten Verschiebung der Reform, sei zum 01.07.2007 die Regelbetrag-Verordnung geändert worden. Erstmals sei der Regelbetrag um zwei Euro gesenkt worden. Dies habe einen erheblichen Mehraufwand für die Unterhaltsvorschussstelle und die Beistandschaft bedeutet.

Weiterhin teilt **Herr Beneke** mit, dass als einzige Kindertagesstätte die Kindertagesstätte Ramlingen-Ehlershausen voll belegt sei. In allen anderen Kindertagesstätten seien noch einzelne Plätze frei.

Für den Neubau der Kindertagesstätte Burgdorf Nord/West, sei die Durchführung eines Architekten-Gutachterverfahrens vorgesehen. Im Rahmen des Gutachterverfahrens soll eine sowohl aus städtebaulichen und gestalterischen, als auch aus funktionalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gute Entwurfslösungen gefunden werden, die, bei zeitlich begrenzter Nutzung als Kindertagesstätte, ein sinnvolles Konzept für eine spätere Nutzung beinhalte.

Nach ca. sechswöchiger Bearbeitung durch die Planungsbüros und einer anschließenden fachlichen Vorprüfung der Entwürfe durch die Fachabteilungen der Stadtverwaltung soll ein Entscheidungsgremium aus Vertretern der Verwaltung und der Politik die anonym eingereichten Entwürfe Ende November/Anfang Dezember beurteilen und den unter Berücksichtigung aller Beurteilungskriterien besten Entwurf zur Ausführung vorschlagen. Im Rahmen einer Vorlage für die Fachausschüsse und den Verwaltungsausschuss soll anschließend die Empfehlung des Entscheidungsgremiums auch unter Berücksichtigung eines Kostenvergleichs von konventioneller Eigenfinanzierung (eigene Trägerschaft) gegenüber einem PPP-Mietmodell zum Beschluss vorgelegt werden.

Hinsichtlich der Finanzierung von Krippenplätzen durch den Bund, liegen derzeit keine konkreten Aussagen vor.

Des weiteren informiert **Herr Beneke**, dass die St. Paulus Kirchengemeinde zum 01.08.2008 die Einrichtung einer Krippengruppe plane. Bei Bedarf könne zudem eine zweite Gruppe eröffnet werden.

Im Schulzentrum sei ab dem 01.08.2007 eine neue Hortgruppe mit 20 Plätzen eingerichtet worden, die nahezu voll belegt sei. Die Villa Mercedes biete 10 neue Hortplätze und die Kindertagesstätte Fröbelweg acht neue Krippenplätze an.

Zudem werde seit dem 01.10.2007 ein neuer Wichteltreff in der Verwaltungsnebenstelle Otze angeboten. In dieser bestehe je nach Bedarf ein bis zwei mal die Woche die Gelegenheit, sein Kind für zwei bis drei Stunden betreuen zu lassen.

Kurzfristig habe die Elternvertretung der Villa Mercedes eine Ausweitung der Betreuungszeiten bis 14:00 Uhr beantragt. Dem Jugendhilfeausschuss werde hierzu in der nächsten Sitzung eine Vorlage zugehen.

**Herr Strecker** informiert darüber, dass zum 15.10.2007 eine Servicestelle im Erdgeschoss des Rathauses I eingerichtet werde. Dort bestehe die Möglichkeit, sich umfassend über Kinderbetreuungsmöglichkeiten beraten zu lassen. Des Weiteren sei die Servicestelle für die Vermittlung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten zuständig.

Ferner werde seitens der Verwaltung geprüft, wie das Kindertagesstättenangebot in Otze erweitert werden könne. Eventuell bestehe in der Schule eine weitere Betreuungsmöglichkeit.

#### **4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

**Herr Beneke** erläutert zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.09.2007, dass zum 01.08.2007 eine weitere Hortgruppe für max. 20 Kinder in der Tagesstätte Südstadt eingerichtet wurde. Diese Gruppe nutze seit dem 30.08.2007 die Räumlichkeiten in der ehemaligen Außenstelle der Realschule im Schulzentrum. Der endgültige Standort konnte erst nach einer abschließenden Entscheidung der Gesamtkonferenz der Realschule am 20.06.2007 festgelegt werden. In der Gruppe werden derzeit Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren betreut.

Ein wesentlicher Faktor seien die vorhandenen großen Außenflächen am Schulzentrum, die insbesondere bewegungsintensive Spiele wie Inliner- oder Skateboard-Fahren sowie das „Bolzen“ ermöglichen. Dies trage den Bedürfnissen der Schulkinder, die sich deutlich von den Kindergartenkindern unterscheiden, Rechnung.

Die Kinder besuchen den Hort nach Schulschluss ab 13:00 Uhr. Während der Schulzeiten seien die Kinder bis ca. 15:30 Uhr / 16:00 Uhr mit Hausaufgaben beschäftigt. Von daher stehe nur ein relativ geringer Teil des Nachmittags für das Freispiel zur Verfügung.

Neben den Freiflächen für bewegungsintensive Spiele stehen auf dem Schulgelände eine Schaukel und eine Tischtennisplatte zur Verfügung. Des Weiteren könnten die Freiflächen an der Gudrun-Pausewang-Schule genutzt werden.

Hinsichtlich Punkt zwei der Anfrage der SPD-Fraktion teilt **Herr Beneke** mit, dass prinzipiell der gesamte Schulhof von den Hortkindern als Spielfläche genutzt werden könne.

Eine Umgestaltung der Freiflächen, insbesondere die Einrichtung eines Sandspielbereiches sei derzeit nicht geplant.

#### **5. Abenteuergelände im Stadtpark** **Vorlage: 2007 0233**

---

**Herr Maletzki** stellt die vorgesehenen Planungen zum Abenteuergelände im Stadtpark vor. Erfreulich sei, dass Jugendliche der katholischen Kirche das Projekt durch Feinarbeiten, wie z.B. Anpflanzungen, unterstützen werden. Eine Begrenzung des Geländes sei durch Haselnusssträucher vorgesehen. Die Haselnuss eigne sich hervorragend für Schnitzarbeiten. Die Attraktivität des Abenteuergeländes solle durch Ferienpassaktionen gesteigert werden. Mit der Anlegung des Geländes solle möglichst noch in diesem Herbst begonnen werden.

**Frau Wißmer** gibt zu bedenken, dass es sich bei der Haselnuss um einen starken Allergieträger handle.

**Frau Leykum** zeigt sich von den vorgesehenen Planungen enttäuscht. Zur Planung eines ansprechenden Abenteuer Geländes sei mehr Fachverstand erforderlich. Sie empfehle, sich mit einer von ihr kontaktierten Fachberaterin in Verbindung zu setzen. Diese habe ihr gegenüber ihre Bereitschaft zur Unterstützung in Aussicht gestellt. Insbesondere müsse bemängelt werden, dass das Gelände von sich aus keinen Spielanreiz biete. Hierzu sei eine wesentlich stärkere Modellierung erforderlich. Grundsätzlich sei das Gelände hervorragend geeignet. **Herr Maletzki** nimmt das Angebot einer weitergehenden Fachberatung gerne an, allerdings müsse geklärt werden, wieweit die Sponsoren eine weitergehende Modellierung finanziell mittragen.

**Frau Ethner** schließt sich den Ausführungen von **Frau Leykum** an. Sie hält zudem eine Anpflanzung aus weicherem Holz als der Haselnuss und der Weide für sinnvoll, da sonst die Gefahr bestehe, dass die Sträucher sehr schnell durch unsachgemäße Behandlung beschädigt werden.

**Herr Beigel** befürchtet, dass die von Frau Leykum befürwortete Lösung zu kostenintensiv sei, um sie umsetzen zu können. Die Erfahrung der Vergangenheit habe gezeigt, dass Projekte entwicklungsfähig seien.

**Bürgermeister Baxmann** gibt zu bedenken, dass weitergehende Modellierungen eventuell Verkehrssicherungspflichten nach sich führen könnten. Jugendliche hätten die Möglichkeit mit der Zeit eigene Ideen einzubauen.

Die Vorsitzende, **Frau Gersemann**, begrüßt noch einmal ausdrücklich die Initiative der Jugendgruppe der katholischen Kirche. Darüber hinaus hält sie es für möglich, dass die Sponsoren zur Finanzierung weitergehender Modellierungen bereit seien.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Stadt Burgdorf, das Abenteuer Gelände möglichst mit einer größeren Modellierung in Rücksprache mit den Sponsoren bauen zu lassen.

- einstimmiger Beschluss -

## 6. **Antrag des Diakonieverbandes Hannover-Land auf Förderung des Projektes 'Just in Out'** **Vorlage: 2007 0235**

---

**Herr Niemann** fasst kurz den Antrag des Diakonieverbandes Hannover-Land auf Förderung des Projektes „Just in Out“ zusammen.

**Frau Friedrich-Werner**, Leiterin der Suchtleitstelle des Diakonieverbandes, berichtet, dass seit dem 01.01.2007 neun Jugendliche aus Burgdorf im Rahmen der Kurse betreut worden seien. Das Konzept des Kurses sei in Zusammenarbeit mit den Jugendrichtern der Amtsgerichte Burgdorf und Lehrte erarbeitet. Die Gruppe werde von insgesamt zwei Therapeuten begleitet. Hinsichtlich der Inhalte der Kurse, verweise sie auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Tischvorlage. Diese ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

**Herr Paul** betont, dass er sich über die Bereitschaft der Stadtverwaltung, das

Projekt zu unterstützen, sehr freue. Aus dem Blickwinkel der Prävention sei es erfreulich, dass eine Finanzierung des Projektes durch Bußgelder nicht auskömmlich sei.

**Frau Ethner** befürchtet, dass die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Unterstützung in Höhe von 1.000 € für ein Projekt dieses Umfanges nicht ausreiche. Auf Nachfrage teilt **Frau Friedrich-Werner** mit, dass sie eine Unterstützung auch durch die Region Hannover, der Stadt Lehrte und der jeweiligen Präventionsräte erhoffe.

**Frau Rück** begrüßt das Projekt. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Zuschuss sei ein sinnvoller Anfang. Die weitere Entwicklung werde zeigen, ob dies ausreichend sei. Hinsichtlich der bisherigen Entwicklung befragt teilt **Frau Friedrich-Werner** mit, dass bei den Jugendlichen eine deutliche Verringerung des Alkoholkonsums festgestellt werden konnte. Zudem sei die Bereitschaft, sich mit der eigenen Straffälligkeit auseinander zu setzen, deutlich gestiegen. Die Evaluation habe gezeigt, dass das Projekt greife.

**Herr Beigel** betont, dass das Jugendamt kraft Gesetzes zur Prävention verpflichtet sei. Ein Zuschuss sei daher dringend zu empfehlen. Ihn verwundere, dass im Haushalt keine entsprechenden Mittel zur Verfügung ständen.

**Frau Prof. Dr. Dr. Wunn** spricht sich ebenfalls ausdrücklich für die Bewilligung eines Zuschusses aus. Hervorzuheben sei, dass das Projekt an mehreren Stellen ansetze und insbesondere durch den tiefenpsychologischen Ansatz nachhaltig sei. Des weiteren spreche für die Qualität des Projektes die ausgezeichnete Tischvorlage.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Diakonieverband auf Antrag einen jährlichen Zuschuss i.H.v. 1.000,- Euro für die Kurse ‚Just in Out‘ zu gewähren.

- 8 dafür, 1 Enthaltung -

## **7. Zuschuss für den Kindergarten Allerleirauh Vorlage: 2007 0211**

---

**Herr Beneke** erläutert, dass der Kindergarten „Allerleirauh“ erstmals seit zehn Jahren eine Erhöhung des Zuschusses beantragt habe. Der bisher bewilligte Zuschuss in Höhe von 1.480 € je Kind und Jahr solle auf 1.680 € erhöht werden, so dass ein Mehrbetrag in Höhe von 4.000 € zu zahlen wäre. Im Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage finde sich leider ein falscher Betrag wieder, der zu korrigieren sei.

**Frau Ethner** erkundigt sich, ob der Verwaltung hinsichtlich der pauschalen Erhöhung eine detaillierte Kostenrechnung vorläge.

**Herr Beneke** verneint dies. Aufgrund eigener Erfahrungen der städtischen Kindertagesstätten könne jedoch sichergestellt werden, dass es sich um eine angemessene Erhöhung handle.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachste-

hend formulierten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt, dem Kindergarten „Allerleirauh“, beginnend mit dem 01.01.2007, eine erhöhte Pauschale in Höhe von 1.680,- € je Kind und Jahr zu gewähren. Der Mehrbetrag in Höhe von 4.000,- € für das Jahr 2007 ist zusammen mit den Beträgen für das kommende Jahr im Haushalt für das Jahr 2008 bereitzustellen.

- einstimmiger Beschluss -

**8. Zuschuss für die Evangelische Kirchengemeinde St. Pankratius  
Vorlage: 2007 0212**

---

**Herr Beneke** informiert den Jugendhilfeausschuss anhand der Sitzungsvorlage über die von der Evangelischen Kirchengemeinde St. Pankratius vorgesehenen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen. Alle vier WC- und Waschräume seien inzwischen um die vierzig Jahre alt, so dass eine Sanierung angezeigt sei. Hinsichtlich der beabsichtigten Sanierung und Umgestaltung des Außengeländes, sei die Evangelische Kirchengemeinde gebeten worden, detailliert darzulegen, in wie weit die geplanten Maßnahmen tatsächlich erforderlich seien. Grundsätzlich befürworte die Verwaltung auch eine Bezuschussung dieser Maßnahmen, allerdings solle die Höhe des Zuschusses von der tatsächlichen Notwendigkeit abhängig sein. Die Verwaltung schlage daher vor, zunächst die weiteren Ausführungen der Evangelischen Kirchengemeinde abzuwarten und danach neue Beratungen aufzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss schließt sich dieser Vorgehensweise an. Es besteht Übereinstimmung, dass die im Außenbereich geplanten Maßnahmen kritisch hinterfragt werden.

**Frau Gersemann** bittet die Verwaltung, weitere Informationen in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung bereitzuhalten. Im Anschluss lässt sie über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt, der Evangelischen Kirchengemeinde St. Pankratius für die Sanierung der WC- und Waschräume einen Zuschuss von 50% der Kosten, höchstens 40.000,- €, zu gewähren. Je 20.000,- € sind in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 bereitzustellen.

Die Anschaffung von Mobiliar wird mit einem Betrag von max. 900,00 € zu bezuschusst. Auch dieser Betrag soll im Haushalt 2008 bereitgestellt werden.

- einstimmiger Beschluss -



**9. Gebührensatzung Tagespflege  
Vorlage: 2007 0220**

---

**Herr Beneke** erläutert, dass es im Zusammenhang mit der Rechtsänderung über die Tagesbetreuung von Kindern (Tagespflege) und der dadurch geschlossenen Vereinbarung mit der Region Hannover erforderlich sei, eine Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Zahlung von Aufwandsentschädigungen zu beschließen. Er betont, dass bereits seit Beginn dieses Jahres entsprechend der Regelungen in der Satzung verfahren werde.

**Frau Ethner** erkundigt sich, wie hoch der zu erwartende Eigenanteil der Stadt sei. Herr Beneke erwidert, dies nicht genau beziffern zu können, der Haushaltsansatz jedoch zugrunde gelegt werden könne. Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bittet die Verwaltung, zum voraussichtlichen Eigenanteil detailliertere Informationen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft bereitzuhalten.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die Tagespflege in der Stadt Burgdorf.

Die Satzung soll rückwirkend zum 01.10.2007 in Kraft treten.

- einstimmiger Beschluss -

**10. Gebührensatzung Kindertagesstätten  
Vorlage: 2007 0221**

---

**Herr Beneke** stellt dar, dass durch die Änderung der Gebührensatzung die landesrechtlichen Regelungen zum beitragsfreien Kindergartenjahr umgesetzt werden. Die Gebührenpflicht entfalle für alle Kinder, die im folgenden Jahr schulpflichtig seien, sowie alle zurückgestellten schulpflichtigen Kinder, die weiterhin einen Kindergarten besuchen. Hinsichtlich der sogenannten „Kannkinder“ sei eine nachträgliche Gebührenerstattung vorgesehen. Da die Entscheidung zur Einschulung erfahrungsgemäß bis kurz vor Beginn eines Schuljahres getroffen werde, empfehle die Verwaltung, eine Erstattung nach der Einschulung vorzunehmen.

Des weiteren zeichne sich ab, dass zukünftig in Krippen längere Betreuungszeiten angeboten werden müssen. Es werde daher die Gelegenheit genutzt und in der Gebührensatzung unter Zeitstufe F eine „Zehn-Stunden-Betreuung“ aufgenommen. Bisher werde diese jedoch noch nicht angeboten.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen.

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die erste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf. Die Satzung tritt

rückwirkend zum 01.08.2007 in Kraft.

- einstimmiger Beschluss -

**11. Planung des Krippenbedarfs**  
**Vorlage: 2007 0242**

---

**Herr Beneke** informiert, dass der Krippenbedarf weiterhin steige. Um dem wachsenden Betreuungsbedarf gerecht zu werden, sei im geplanten Kindergartenneubau Nord/West die Einrichtung von bis zu zwei Gruppen vorgesehen. Des weiteren beabsichtige die St. Paulus Kirchengemeinde die Einrichtung einer weiteren Gruppe. Das Frauen- und Mütterzentrum Burgdorf e.V. wolle ihr Krippenangebot um eine weitere Gruppe auf insgesamt zwei Gruppen erweitern und habe einen entsprechenden Zuschuss beantragt.

**Herr Beigel** zeigt an, sich aus Befangenheitsgründen zu den Beratungen zurückziehen und nimmt im Zuschauerraum Platz.

**Frau Zander** vom Frauen- und Mütterzentrum Burgdorf e.V. ergänzt, dass das Landesjugendamt eine Genehmigung des Betriebes bereits signalisiert habe. Sie gehe davon aus, dass die Kosten für die erforderlichen Umbaumaßnahmen in ca. zwei bis drei Wochen festständen.

**Frau Ethner** betont, dass sie dem Erweiterungsvorhaben positiv gegenüberstehe und bittet um Unterstützung des Vorhabens.

**Herr Strecker**, schlägt vor, eine endgültige Beschlussfassung in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung vorzunehmen, wenn die genauen Kosten feststehen.

Der Jugendhilfeausschuss schließt sich diesem Vorschlag einstimmig an. Es besteht Konsens, dass die Initiative des Frauen- und Mütterzentrums Burgdorf e.V. unterstützt werden soll.

**12. Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten - weitere Projekte 2007**  
**-Antrag der Gruppe SPD -WGS - B`90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf vom 04.09.2007-**  
**Vorlage: 2007 0240**

---

**Frau Gersemann** erläutert kurz den Antrag der Gruppe SPD-WGS-B'90/Die Grünen vom 29.08.2007. Da die Verwaltung signalisiert habe, dass noch Mittel zur Verfügung stehen, sei es ihr Anliegen, diese Mittel noch im laufenden Haushaltsjahr bedarfsgerecht für weitere Projekte zur Verfügung zu stellen. Bei einem gemeinsamen Gespräch mit den städtischen Kindertagesstättenleiterinnen habe sie in Erfahrung bringen können, dass hauptsächlich Projekte der Sprachförderung und Motopädie durchgeführt worden seien. Auch die Umsetzung anderer Projekte sei denkbar. Die Leiterinnen der Kindertagesstätten und Elternvertreter hätten übereinstimmend betont, dass die Initiative der Politik positiv aufgenommen und die Projekte erfolgreich durchgeführt worden seien. Zudem sollten die noch zur Verfügung stehenden Mittel auch für Projekte der freien Kindertagesstattenträger eingesetzt werden können.

Auf Nachfrage berichtet **Herr Beneke**, dass derzeit ca. 35.000 € verbraucht seien. Eine Umsetzung weiterer Projekte sei laut Auskunft der Kindertages-

stättenleiterinnen aus zeitlichen Gründen oftmals schwierig, da dann die Zeit für Gruppenarbeit fehle.

**Herr Beigel** mahnt zu einem sorgsamem Umgang mit den noch vorhandenen Mitteln. Nur pädagogisch sinnvolle Projekte sollten auch umgesetzt werden.

**Frau Wißmer** berichtet, dass sie ebenfalls Rücksprache mit den einzelnen Kindertagesstättenleiterinnen gehalten habe. Sofern die Mittel zu Beginn des Jahres zur Verfügung gestanden hätten, wären evtl. auch mehr Mittel in Anspruch genommen worden.

**Herr Beneke** bittet den Jugendhilfeausschuss sich dafür auszusprechen, dass auch im nächsten Haushaltsjahr die Projekte nahtlos weitergeführt werden können, damit nicht bis zum Abschluss der Haushaltsplanberatungen gewartet werden müsse. Um gleich zu Beginn des Jahres Projekte in Auftrag geben zu können schlägt er vor, eine entsprechende Sitzungsvorlage für die nächste Jugendhilfeausschusssitzung vorzubereiten.

**Frau Rück** spricht sich für eine nahtlose Fortführung der Projekte in das Jahr 2008 aus. Sofern freie Kindertagesstätten Träger noch Mittel beantragen sollten, seien diese zu bewilligen.

**Frau Prof. Dr. Dr. Wunn** schließt sich dieser Meinung an. Sie betont, dass frühkindliche Förderung später nicht mehr nachgeholt werden könne. Das Geld aus diesem Grund gut angelegt sei. Sie befürworte eine bedarfsgerechte Vorgehensweise.

**Bürgermeister Baxmann** gibt zu bedenken, dass bei einer Einbeziehung der freien Träger ein Bedarf geweckt werde, der eventuell im Haushaltsjahr 2008 aufgrund der nach wie vor angespannten Haushaltslage nicht gedeckt werden könne. Er empfehle daher, die noch vorhandenen Mittel ausschließlich den städtischen Kindertagesstätten zur Verfügung zu stellen.

**Frau Gersemann** lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung hat signalisiert, dass die im Haushaltsjahr 2007 bereitgestellten Mittel noch nicht ausgeschöpft sind. Sofern konkrete Projektwünsche der einzelnen Kindertagesstätten (auch der freien Kindertagesstätten) an die Verwaltung herangetragen werden, sollten die Projekte genehmigt und die restlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Leiterinnen und Leiter sowohl der städtischen Kindertagesstätten als auch der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft sind entsprechend zu informieren.

- einstimmiger Beschluss -

### **13. Anregungen an die Verwaltung**

---

**Frau Wißmer** erkundigt sich bei der Verwaltung nach:

1. den aktuellen Planungen des Hortes in der Astrid-Lindgren-Schule,
2. dem Anbau an der Kindertagesstätte Ehlershausen,
3. einer möglichen Anmeldung von Kindern auch über das Kindergarten-

jahr hinaus, um eine nahtlose Kinderbetreuung zwischen der Kindergartenzeit in dem Schulbeginn zu ermöglichen,

4. einem Hol- und Bring-Service für Hortkinder

Herr Beneke beantwortet die Anfrage wie folgt:

- zu 1) Von der Astrid-Lindgren-Schule sei signalisiert worden, dass für eine Hortgruppe die erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Die zur Umsetzung des Projektes erforderlichen Mittel seien für den Haushalt 2008 angemeldet.
- zu 2) Der Anbau soll zum Jahresende fertig gestellt sein.
- zu 4) Schulkinder, haben grundsätzlich einen Anspruch auf kostenlose Schülerbeförderung bei der Region Hannover, wenn eine bestimmte Entfernung zwischen dem Wohnort und der Schule überschritten werde. Eine kostenlose Beförderung von Hortkindern, die nicht unter diese kostenlose Möglichkeit der Schülerbeförderung fallen, sei aus finanziellen Gründen nicht durch die Stadt leistbar.

Frau Adlunger führt zu Punkt drei der Anfrage aus, dass eine Betreuung der Kinder über das Kindergartenjahr hinaus aus pädagogischer Sicht nicht sinnvoll sei. Bis zum 31.07. eines jeden Kindergartenjahres werde mit den angehenden Erstklässlern Abschied gefeiert, ab dem 01.08. werden die neuen Kinder begrüßt und in den Kindergartenalltag aufgenommen. Aus diesem Grund unterscheide sich auch der Kindergartenablauf entscheidend.

Die Vorsitzende, Frau Gersemann, schließt die öffentliche Sitzung um 18.40 Uhr.

### **Einwohnerfragestunde**

- keine -

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin